

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Kurt Schölerker
Verlag: Kurt Schölerker Verlag
Königsplatz 10, Dresden

Druck: Kurt Schölerker Verlag
Königsplatz 10, Dresden

Druck: Kurt Schölerker Verlag
Königsplatz 10, Dresden

Der Reichstag wird aufgelöst

Regierungserklärung am Sonnabend

Berlin, 3. Juni. Amlich wird mitgeteilt: „Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags am 4. Juni 1932 in Vorschlag zu bringen.“ — Wie verlautet, wird der Erlass des Reichspräsidenten über die Reichstagsauflösung im Laufe des Sonnabends veröffentlicht werden. Am Sonnabendvormittag ist außerdem eine Veröffentlichung der Reichsregierung über ihr Programm zu erwarten.

Ueber den Zeitpunkt der Neuwahlen wurde noch kein Beschluß gefaßt. Er wird durch eine besondere Verordnung des Reichspräsidenten noch bekanntgegeben werden, doch rechnet man in unterrichteten Kreisen damit, daß die Neuwahlen voraussichtlich Mitte bis Ende Juli angefaßt werden.

Neuwahlen Ende Juli

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. Juni. Wie man angesichts der parlamentarischen Sachlage ganz allgemein erwartet hat, hat das neue Reichskabinett heute nachmittag beschlossen, die Reichstagsauflösung herbeizuführen. An den Reichspräsidenten v. Hindenburg ist entsprechend diesem Kabinettsbeschluß das Ersuchen gerichtet worden, den Reichstag mit dem 4. Juni 1932 aufzulösen. Der Reichspräsident wird diesem Ersuchen stattgeben und auf Grund der Vollmacht, die ihm Artikel 26 der Reichsverfassung gibt, die Reichstagsauflösung vornehmen. Der äußere Vorgang wird dabei der gleiche sein wie im Jahre 1930, wo der damalige Reichspräsident Ebert auf den Wunsch des damaligen Reichskanzlers Brüning hin die Auflösung verfügte. Der Erlass des Reichspräsidenten, der die Auflösung anordnet, wird mit einem Begleitfahrlatten dem Reichstagspräsidenten Brüning überhandt werden, womit praktisch der am 14. September 1930 gewählte Reichstag nach einem

Bestehen von noch nicht zwei Jahren

sein Ende nimmt. Das Parlament, mit dem sich 1930 Dr. Brüning unter Verzichtung der Reichsopposition eine starke Mehrheit zu schaffen gedachte und das dann entgegen allen Erwartungen der Regierung das starke Ansteigen der nationalsozialistischen Bewegung zeigte, weicht einem neuen, dessen Zusammenlegung mehr dem innerlichen immer stärker gewordenen Willen des Volkes nach nationaler Führung entsprechen dürfte. Der Reichstag mit seiner immer kleiner gewordenen Mehrheit einer Mehrheit abtrüben, die aus zerhackten heterogenen Elementen bestand und die ihre höchste Aufgabe darin sah, das Notverordnungsregiment Dr. Brüning immer wieder zu tolerieren, war in dem Augenblick überlebt, als Reichspräsident von Hindenburg den Entschluß zur Herabsetzung des Rates im Reich faßte. An und für sich hätte die Reichstagsauflösung schon ruhig zu einem früheren Zeitpunkt kommen können. Man braucht in diesem Zusammenhang nur an den Vorschlag des deutschnationalen Parteiführers Eugen Diederichs zu erinnern, den zwei Jahre vor dem Reichstagsauflösungswahl überhaupt nicht mehr in Szene gehen zu lassen, sondern Rait dessen die Volksbefragung über eine den neuen Verhältnissen entsprechende Zusammenlegung des Parlaments zu ermöglichen. Da der Reichstag nun sein Ende gefunden

hat, braucht der von Brüning für Sonnabend nachmittag einberufene Kabinettsrat, der sich mit der Frage des Wiederaufbaus des Reichstags befassen sollte, erst gar nicht mehr zu tagen.

Die Regierungserklärung, die bisher Reich vor dem Parlament abgegeben zu werden pflegte, wird zum ersten Male in der deutschen Reichsgeschichte auf dem direkten Wege der Presse an das Volk gelangen. Der sonst übliche Umweg der Verteilung vor dem Parlament fällt fort.

Was die Regierungserklärung im einzelnen enthalten wird, läßt sich zur Stunde, wo die neuen Minister noch mit ihrer Ausarbeitung beschäftigt sind, naturgemäß noch nicht sagen. Der Welt, von dem sie getragen sein wird, kann bereits in dem Erlass des neuen Reichswehrministers v. Schleicher an die Reichswehr zum Ausdruck. Hier, wie in den Telegrammen, die mit der österreichischen Regierung gewechselt wurden, wurden neue Töne angeschlagen. Man wird gespannt sein dürfen, wie der neue Reichspräsident v. Hindenburg ganz offenbar einzuschlagen gedenkt, in der Regierungserklärung angegeben werden wird. Die brennenden innen- und außenpolitischen Probleme, wie die endgültige Erledigung der Reparationsfrage, sowie die etw. und finanzpolitischen Fragen, werden in der Erklärung selbstverständlich einen breiten Raum einnehmen.

Dollfuß' Antwort an Papen

Wien, 3. Juni. In Antworttelegrammen an den Reichskanzler von Papen und den Reichsaußenminister spricht Bundeskanzler Dr. Dollfuß den Wunsch aus, die Reichsregierung möge reich an Erfolgen zum Wohle des eng befreundeten Deutschland sein, sowie den Wunsch, daß sich die zwischen den beiden deutschen Staaten bestehenden herzlichen Beziehungen auch weiterhin immer in fröhlicher Gestalt zeigen mögen.

Neurath verabschiedet sich in London

London, 3. Juni. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath wird am kommenden Sonntag hier erwartet. Er beabsichtigt, wie verlautet, bis Freitag in London zu bleiben und sich dann endgültig nach Berlin zu begeben.

Mißtrauensfundgebung gegen Braun

Alle Geschäftsforderung im Preußenlandtag abgelehnt

Berlin, 3. Juni. Im Preussischen Landtag wurde am Freitag die allgemeine politische Aussprache fortgesetzt. Für die Nationalsozialisten sprach Abgeordneter Hoffe ausführlich über die Wirtschaft- und Arbeitsbeschäftigungsfragen. Er beschäftigte sich dabei auch mit der Währung und bezeichnete die Rentenmarkt als Beispiel dafür, daß eine Währung vom Gold nicht abhängig zu sein brauche. Durch ausübliche Geldmengen könnte Arbeit geleistet und Werte geschaffen werden. Eine Inflation gebe es nur dann, wenn Geldmittel im Umlauf gehen, ohne daß produktive Arbeit geleistet werde. Abg. Ruffe (Staatsl.) vermißt bei den Nationalsozialisten politische Aufbaupläne. Abg. Freiler (Natio.) wandte sich in scharfen Ausführungen gegen die Mißtrauensfundgebung in Preußen, die sich auf dem gesamten politischen Gebiet zur Dienerin eines parteipolitischen und einseitigen Systems gemacht habe.

Präsident Kerr verlas dann die

Antwort des Ministerpräsidenten

auf den gestrigen Beschluß des Landtags auf Verbeurteilung des Staatsministeriums. In dem Briefe heißt es, daß das Kabinett die Mißtrauensfundgebung nicht ablehnen sollte, sondern die Mißtrauensfundgebung herbeizuführen, auch für die Mißtrauensfundgebung Regierung gelte. Aus den gestrigen Reden hat sich aber ergeben, daß es den Antragstellern nur um eine Verurteilung der Staatsregierung zu tun gewesen sei. Mißtrauensfundgebung dem Geiste der Verfassung, Mißtrauensfundgebung gegen eine zurückgetretene Regierung im Parlament zu verhandeln. Das Staatsministerium würde es begrüßen, wenn der Landtag recht bald seine verfassungsmäßige Auf-

gabe erfüllen und einen neuen Ministerpräsidenten wählen würde.

Nachdem Präsident Kerr noch festgestellt hat, daß er die Mißtrauensfundgebung gegen die Regierung nicht gebilligt habe und andernfalls Ordnungsrufe erteilt haben würde, begannen die

Abstimmungen.

Der deutschnationalen Antrag, die Geschäftsforderung des alten Landtags in der Fassung zu übernehmen, die vor der Erziehung der Wahl des Ministerpräsidenten bestand, wird in namentlicher Abstimmung mit 22 Stimmen der Regierungsparteien und der Kommunisten gegen 202 Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und der übrigen Reichsparteien abgelehnt.

Der kommunistische Antrag, dem Geschäftsforderung Braun-Georing das Mißtrauen auszusprechen, wird mit 202 Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten angenommen. Die anderen Parteien nahmen nicht an der Abstimmung teil, weil sie diese nicht für zulässig hielten.

Der deutschnationalen Antrag, wonach das Geschäftsforderung nicht das Vertrauen des Landtags habe, ist damit erledigt.

Bei der Abstimmung über den Antrag der Kommunisten, alle Zahlungen auf Grund des Doungplans und die Zinsen- und Tilgungszahlungen für die Darlehensanleihen einzustellen, ergab sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Für den Antrag haben die Kommunisten gestimmt; dagegen wurden Stimmen der Sozialdemokraten, der Zentrumspartei und der Staatspartei abgegeben. Alle übrigen Parteien beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Die nächste Sitzung wird voraussichtlich am 22. Juni stattfinden. Schluß gegen 14 Uhr.

Das Inflationsmärchen

Raum war bekannt geworden, daß Männer der Rechten das neue Kabinett bilden sollten, da tauchten in den Spalten der Linkspresse auch schon zwei Berichte auf, die eine sachliche Arbeit der Regierung unterminieren sollten, ehe überhaupt etwas Näheres über ihre Absichten bekannt war. Mit der einen Behauptung haben wir uns an dieser Stelle bereits auseinandergesetzt. Es handelt sich um die noch über jede nationale Regierung aufgestellte Behauptung, sie würde das Mißfallen des Auslandes erregen. Diese sattem bekannten Tendenznachrichten erledigen sich in erfreulicherweise sehr rasch. Erstens, weil sie viel Verwirrung beim Publikum anzurichten vermögen, sind die Behauptungen, die neue Regierung beabsichtige eine Inflation oder sie werde zum mindesten Pläne zur Durchführung bringen, die eine mehr oder minder starke Wertverminderung der Marktwangswerte im Gefolge haben müßte. Es blieb insbesondere gewisse demokratischen und sozialdemokratischen Blättern vorbehalten, diesen Inflationsnachrichten kräftig Vorschub zu leisten. Die Absicht ist nur zu deutlich. Man sucht auf Seiten der Linken nach dem Zusammenbruch einer Regierung- und Wirtschaftspolitik, die zwölf Jahre lang im Zeichen des Linkstums hand, natürlich vergeblich nach einer zugräftigen Wahlparole, und glaubt, in unheiliger Verblendung über die wirtschaftlichen Schäden der Unruhe, die damit naturgemäß gekittet wird, gegen die sichere Wahlniederlage ankämpfen zu können.

So nimmt es nicht wunder, daß jede wirtschaftliche Erhellung von erregten Reichendruckern der Linken mit mehr oder weniger Absicht gründlich mißverstanden wird. In diesen Tagen der Kabinettsneubildung war es das Verhalten der Börse, das den Nährboden für die Gerüchte der Krisenmacher geben mußte. Die Linke hätte mit selbsthaftem Mißfallen festgestellt, daß die Börse nicht wie üblich bei einem Regierungswechsel mit einem Abbröckeln der Kurse beantwortet hatte, sondern im Gegenteil mit nicht unbedeutenden Kurssteigerungen. Dadurch konnte beim unbefangenen Beobachter leicht der nahe liegende Eindruck entstehen, die Börse begrüße den Eintritt des Kabinettsneubildung, das ja gerade in der letzten Zeit, wie das vorzeitige Ausscheiden des jetzt wieder zurückgekehrten Wirtschaftsführers Warmsold bewiesen hat, namentlich unter Stegerwalds Einfluß einen zunehmend wirtschaftsfreudlichen Kurs gekennzeichnet hat. Die Linkspresse setzte alles daran, um diesen fatalen Eindruck umzuwenden. Sie erklärte in möglichst aufgeregtem Tone, die Börsenhäufte sei nicht weiter als die Angst vor der Inflation, die sich jetzt bereits in der Flucht in die Sachwerte äußere. Man hat nur vergessen zu sagen, wie wenig heute zu einer kurzen Pause gehört. Die Kurse der deutschen Aktien haben nämlich einen Tiefstand erreicht, der bei vielen Papieren weit unter ihrem tatsächlichen Wert liegt. Wer deshalb seinen Aktienbesitz in dieser Zeit noch durchhalten konnte, hat begreiflicherweise angesichts dieser Kurse kein Interesse daran, ihn gerade jetzt zu veräußern. Es ist deshalb auf den deutschen Börsen überhaupt kein nennenswertes Angebot mehr vorhanden. Schreiten aber nur wenige Spekulanten zu Deckungskaufen, so müssen auch bei geringen Umsätzen angesichts der Marktlücke die Papiere verhältnismäßig stark in die Höhe gehen. Die Börsenhäufte war also aus markttechnischen Gründen entstanden, mit einer allgemeinen „Flucht in die Sachwerte“ aus Furcht vor einer drohenden Inflation hatte sie so gut wie gar nichts zu tun. In der Tat war die Börse schon früher wieder ruhig, bevor die gemeinsame amtliche Erklärung des Reichskanzlers und des Reichsbankpräsidenten bekannt wurde, in der beide Stellen in völliger Übereinstimmung sich gegen jedes Währungs- und Kreditexperiment aussprachen.

Die Linke könnte also, wenn es ihr um sachliche Überlegungen gegangen wäre, beruhigt sein. Ihre Inflationsangst, soweit sie die Börse betraf, war unbegründet. Sie ist es schon um deswillen, weil die Inflationsbesorgnisse ja in ihren Reihen liegen und weil die Männer, die die Inflation beendet haben, in erster Linie Helfferich und Schacht, doch der so sehr verleumdete Rechten zuzurechnen sind. Die Rechte hat aber kein Interesse daran, ihr bestes Werk, das sie in der Nachkriegszeit geschaffen hat, selbst zu gefährden. Und schließlich ist der Finanzminister der Stabilisierungsperiode ja der derzeitige Wächter der Währung, der Reichsbankpräsident Dr. Loh. Die Reichsbank aber ist auf Grund des für 50 Jahre nicht abänderbaren Bankgesetzes autonom, das heißt von der Reichsregierung unabhängig und ihrem Einfluß völlig entzogen. Auch wenn irgendeine Reichsregierung wollte, könnte sie gegen den Willen des nicht durch sie, sondern nur durch eine qualifizierte Mehrheit des Generalrats der Reichsbank absetzbaren Reichsbankpräsidenten an keinen Rotendruck denken.

Kuherdem weiß man gerade in den Sachverständigenkreisen der Rechten viel besser als etwa die sozialistisch eingestellten Wirtschaftstheoretiker der Linken, daß eine Inflation in Deutschland überhaupt nicht durchführbar ist. Es ist ja gar nicht so, wie gerne behauptet wird, daß Industrie und Landwirtschaft an einer Inflation Interesse hätten, um ihre mit gutem Geld gemachten Schulden mit schlechtem